

# Von der Klimakrise zur Wasserkrise

---

Fünf Forderungen von Arbeiterkammer Wien, Greenpeace und youunion \_ Die Daseinsgewerkschaft

---

## Österreichs Wasserhaushalt verändert sich rasant

---

Österreich ist überdurchschnittlich stark von der Klimakrise betroffen: Die Erwärmung verläuft hierzulande doppelt so schnell wie im globalen Durchschnitt. Dies belastet den heimischen Wasserhaushalt massiv. Während steigende Temperaturen die natürliche Verdunstung forcieren, wächst gleichzeitig der Nutzungsdruck durch Gemeinden, Industrie und Landwirtschaft. Das ist ein zunehmender Stressfaktor für die Ressource Wasser und das Ökosystem.

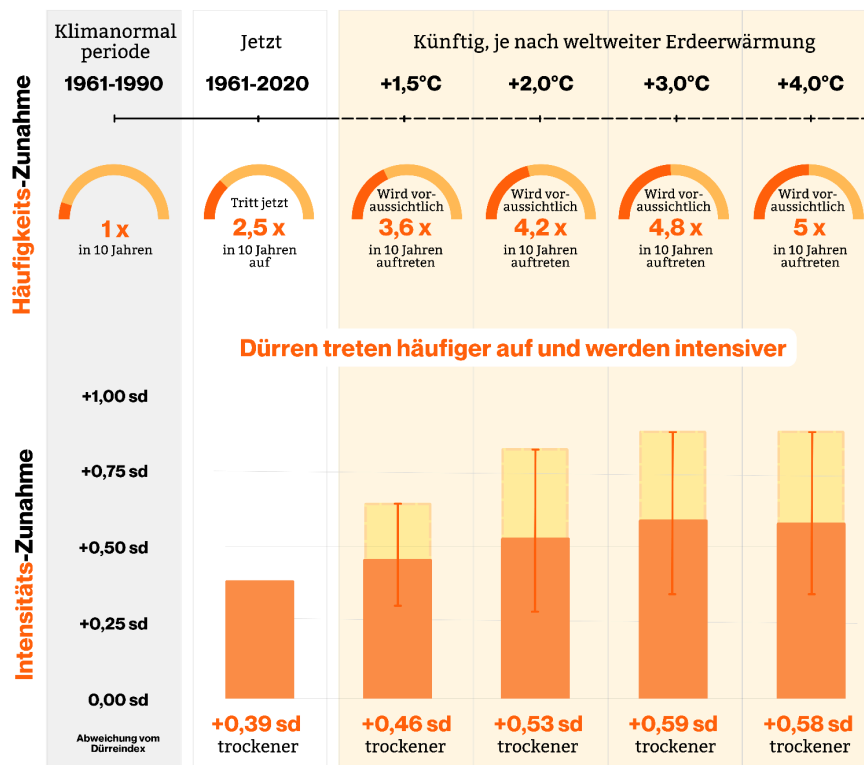
Gleichzeitig verändert die Klimakrise auch unser Wetter. Einerseits führen immer heftigere Starkregen zu Sturzfluten und gefährlichen Überschwemmungen. Andererseits vertrocknen Böden und Brunnen, weil die Hitzephasen dazwischen immer länger und intensiver werden. Das Wasser fehlt dann dort, wo wir es am dringendsten brauchen: in der Natur, der Landwirtschaft und bei uns zu Hause.

Das zeigt auch der 2025 veröffentlichte [Zweite Österreichischer Sachstandsbericht zum Klimawandel](#) ein weiteres Mal auf: Dürren, die früher alle zehn Jahre aufgetreten sind, gibt es jetzt bereits alle vier Jahre, während diese Dürren gleichzeitig noch trockener sind als früher. Steigt die Erderhitzung weiter an, dann werden diese Dürren noch häufiger und noch intensiver (siehe Abbildung).

Insgesamt könnten in Österreich die **Grundwasserressourcen bis 2050 um etwa 23 Prozent schwinden, während der Wasserbedarf um bis zu 15 Prozent steigt**. Neben der Wasserentnahme sinkt die Grundwasserneubildung massiv. Durch die Erderhitzung verdunstet mehr Wasser, während im Winter immer weniger Schnee als Speicher liegen bleibt. Zusätzlich verhindern betonierte Flächen das Versickern und leiten Regen direkt in die Kanalisation. All das raubt dem Boden und dem Grundwasser die Chance, seine Reserven für Mensch und Natur wieder gut aufzufüllen.

# 10-Jahres-Ereignis Dürren in Österreich

Häufigkeit und Intensität von Dürreereignissen (SPEI), die in der Klimanormalperiode 1961-1990 **durchschnittlich einmal in 10 Jahren auftraten**, nehmen zu.



Der Dürreindex SPEI wird in Einheiten der Standardabweichung (SD) ausgedrückt. Ein Anstieg der SD spiegelt intensivere Dürreereignisse wider.

Copyright: APCC, Zweiter Österreichischer Sachstandsbericht zum Klimawandel, 2025, Abbildung SPM.3

Während Österreich im Durchschnitt ein wasserreiches Land bleibt, nehmen lokale Dürren bereits jetzt messbar zu. Dieser Trend wird sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten weiter verstärken. Die Zeiten wo es in Österreich praktisch immer und überall verlässlich ausreichend Wasser für praktisch alle denkbaren Aktivitäten gab sind vorbei. Darauf ist Österreich derzeit nicht gut vorbereitet.

## Verteilungskampf ums Wasser: Ein Land ohne Plan

Wenn Wasser knapp wird, kommt es unweigerlich zu Nutzungskonflikten. Wenn Wasserversorger, Industrie und Landwirtschaft aus demselben Grundwasserkörper schöpfen – wie in Österreich oftmals der Fall –, wird es im Krisenfall eng: Wer darf wann wie viel Wasser nutzen? Für diesen Ernstfall fehlen hierzulande klare und schnell umsetzbare Regeln. Ohne gesetzliche Prioritäten drohen Verteilungskämpfe, bei denen das Gemeinwohl droht, den Kürzeren zu ziehen. Im Falle von Engpässen entscheiden die Bürgermeister:innen vor Ort, wer wieviel Wasser nutzen darf. Es gibt aber auch Haftungsfragen zu klären, wenn etwa der Landwirtschaft oder Industrie das Wasser zugunsten der Trinkwasserversorgung abgedreht wird. Aktuell tragen

Bürgermeister:innen und Gemeinden die Haftung für Schäden in der Landwirtschaft und Industrie. Das schafft viele Unsicherheiten. Daher brauchen Gemeinden und Länder klare gesetzliche Prioritäten: Wer muss in welchem Krisenszenario wie viel Wasser sparen? Derzeit greift der Bund nur dann ein, wenn mehr als ein Bundesland von der Wasserkrise betroffen ist. Verbindliche Wasser-Sparvorgaben in Krisenzeiten für Landwirtschaft und Industrie würden die Kommunen entlasten und teure Verteilungskonflikte von vornherein verhindern.

Ein Problem ist auch, dass die Bewilligungen für Wasserentnahmen derzeit für zu lange Zeiträume möglich sind. In der Landwirtschaft ist es z.B. seit 2018 gesetzlich möglich, Wasserentnahmen für einen Zeitraum von 25 Jahren zu erlauben. Dies wird in der Praxis eifrig genutzt. In Zeiten von Klimakrise und geringerem Wasserdargebot ist dies eine Entwicklung in die falsche Richtung. Die kritischen Stimmen seitens Arbeitnehmer:innen- und Umweltbewegung zu dieser Gesetzesänderung wurden in den Wind geschlagen.

Wasser ist keine Handelsware, sondern ein öffentliches Gut und ein Menschenrecht. An diesem Grundsatz darf nicht gerüttelt werden. Unsere gemeinnützigen Wasserversorger garantieren eine sichere Versorgung für alle – abseits von Profitinteressen. Um dieses hohe Gut zu bewahren, müssen wir die öffentliche Hand stärken und vor Privatisierungsdruck schützen. Das bedeutet auch, dass auf europäischer Ebene die Trinkwasserversorgung weiterhin von der Verpflichtung für EU-weite Ausschreibungen ausgenommen bleiben muss, damit die Trinkwasserversorgung in öffentlicher und kommunaler Hand bleibt.

Ein weiteres Problem sowohl für uns Menschen als auch für viele Tiere und Pflanzen: Wird Wasser knapper, dann steigt auch die Schadstoffkonzentration. Gelangen zum Beispiel Pestizide oder andere giftige Chemikalien in einen Fluss, dann werden diese relativ schnell mit Wasser verdünnt. Sinkt der Wasserstand, wird es für die Natur gefährlich: Schadstoffe wie Pestizide werden weniger verdünnt und die Konzentration von Giftstoffen steigt massiv an. Gleichzeitig heizen sich kleine Wassermengen schneller auf. Für Fische und andere Lebewesen wird das Wasser zur Todesfalle: Da sie ihre Körpertemperatur nicht selbst regeln können, sind sie auf kühles Wasser angewiesen. In überhitzten, belasteten Flüssen kämpfen sie schnell ums Überleben.

## **Wir wissen nicht, wie viel Wasser Industrie und Landwirtschaft wirklich verbrauchen**

---

Zukünftig werden Eingriffe in bestehende Wasserrechte notwendig sein, wenn weniger Wasser verfügbar sein wird. Die jeweilige Behörde entscheidet dann, wer wie viel Wasser bekommt. Das geht aber natürlich nicht von heute auf morgen, sondern braucht Zeit und vor allem auch Daten.

Bei den verfügbaren Daten liegt aber der Haken: Bei Industrie und Landwirtschaft gibt es diese Daten nicht. Es ist nicht klar, wie viel Wasser hier wirklich verbraucht wird. Selbst die Wissenschaft kann sich hier nur auf Schätzungen berufen. Auch der Österreichische Rechnungshof empfiehlt daher bereits seit Anfang 2024 ein digitales Melderegister für tatsächliche Wasserentnahmen.

# Forderungen an die österreichische Bundesregierung

---

Die Wassersituation in Österreich ist in Zeiten der Klimakrise also ernster als viele denken. Gleichzeitig gibt es auch sehr viel, was wir in Österreich noch tun können, um uns an die neue Wasser-Realität anzupassen. Etwa kann mit der Wiederherstellung von Ökosystemen wie Mooren und Feuchtgebieten auch mehr Wasser in den Regionen gehalten werden. Doch Wasser stoppt nicht an Staatsgrenzen. Gemeinsame Investitionen, Datenaustausch und eine enge Koordinierung über Grenzen hinweg sind der einzige Weg. Nur wenn wir die Ressource Wasser europäisch denken, können wir die Krise gemeinsam meistern.

Wenn wir als Gesellschaft jetzt klug handeln und die Weichen richtig stellen, dann sind diese Herausforderungen zu bewältigen. Keinesfalls darf die Politik untätig zusehen und erst handeln, wenn es bereits zu handfesten Nutzungskonflikten kommt.

**Die Arbeiterkammer Wien, Greenpeace und youunion \_ Die Daseinsgewerkschaft fordern daher von der österreichischen Bundesregierung und insbesondere vom für Wasserminister Norbert Totschnig:**

- **Rasche Einführung eines transparenten Wasserentnahmeregisters.** Um einen besseren Überblick zu bekommen, braucht Österreich eine gesicherte Datenlage darüber, wie viel Wasser Industrie und Landwirtschaft in Österreich wirklich nutzen. Das ist eine essenzielle Grundlage für eine gute Planung und wurde bereits [2024 auch vom Österreichischen Rechnungshof gefordert](#). Dafür ist es auch notwendig, bei allen Bewässerungsanlagen in der österreichischen Landwirtschaft Wasserzähler einzubauen. Derzeit ist das nur fallweise bei Neubewilligungen verpflichtend, nicht jedoch im Bestand.
- **Eine ganzheitliche österreichische Wasserstrategie unter Einbindung aller relevanten Akteur:innen.** Der aktuelle „Trinkwassersicherungsplan“ ist unseriös, da er den massiven Wasserverbrauch von Industrie und Landwirtschaft einfach ignoriert.
- **Keine Privatisierung von Wasser und bedingungslos Vorrang für Trinkwasser vor allen anderen Nutzungen.** Der Zugang zu sauberem, leistbarem Wasser und Sanitärversorgung ist ein Menschenrecht. Diese Anforderungen erfüllen gemeinwohlorientierte öffentliche Wasserversorger am besten. Im Konfliktfall darf es keine Entschädigungszahlungen an Großverbraucher geben, wenn die Versorgung der Bevölkerung gesichert werden muss.
- **Bewilligungen für Wasserentnahmen müssen deutlich verkürzt werden.** In der Klimakrise sind 25-jährige Entnahmerechte für die Bewässerung unverantwortlich. Wir fordern eine Verkürzung auf maximal 6 Jahre.
- **Hände weg von der EU-Wasserrahmen-Richtlinie.** Dieses Regelwerk ist das wichtigste Schutzschild für unsere Flüsse und unser Trinkwasser. Die von Teilen der Industrie und Landwirtschaft lautstark geforderten Aufweichungen würden für kurzfristige Profitinteressen dauerhaft unsere Gesundheit und unsere Trinkwasserressourcen gefährden.